Essen steht AUF!

Informationen zur Kommunalpolitik

Nr. 14
September / Oktober 2011

herausgegeben von Dietrich Keil, Ratsherr für „Essen steht AUF"

Spendenpreis 20 Cent

www.essen-steht-auf.de

Aus dem Inhalt

Kettwiger keine Bannmeile für Demonstrationen 2
7 Jahre Montagsdemo 3
Essen braucht ein Familienbad! 4
2. Internationaler Umweltratschlag 5
Altendorf: Gemeinsam gegen Drogenhandel! 6
200 Jahre Krupp! 7

Stadthaushalt 2012:

„Starke Stadt"? – Starkes Stück!

Alle Jahre wieder – der Haushaltsplan der Stadt ist die Nagelprobe, wie die Stadt mit uns Bürgern umzugehen gedenkt. Oberbürgermeister Paß hat im Juli das Bild einer „Starken Stadt" gemalt, als der Haushalt 2012 im Rat eingebracht wurde. Ein **verlogenes Bild**. Den „Starken" mag es passen, sie werden geschont. Für die Mehrheit der Bürger in unserer Stadt und die Jugend aber ein absoluter Fehl-Paß – vor allem sie sollen die Lasten der städtischen Finanzkrise tragen.

Essen gilt juristisch zwar noch nicht als „überschuldet". Tatsächlich erreichen mit **über 3,1 Milliarden** die **Schulden** der Stadt bundesweit einen Rekord und **fast das Doppelte ihrer Jahreseinnahmen**! Seit über 15 Jahren ist der Haushalt defizitär: Die Ausgaben überschreiten um jährlich hunderte Millionen die Einnahmen. Auch für 2012 sind **264 Mio neue Schulden** eingeplant. Von ihrem Schuldenberg kommt die Stadt nicht herunter in dieser strukturellen Finanzkrise, mit der die **kommunale Daseinsvorsorge insgesamt in Frage gestellt** ist.

Selbstbetrug

Doch weder die SPD noch die Viertertruppe CDU/Grüne/FDP/EBB wollen das wahrhaben. Im Mai beschlossen sie als hehres Ziel den sogenannten Haushaltsausgleich bis 2015. Von „neuen Perspektiven" war da bedeutungsschwanger die Rede. Gemeint ist: Die Ausgaben dürfen dann nicht höher sein als die Einnahmen. Selbst wenn – damit wäre noch nicht ein Cent der Schulden getilgt! Die Ausgaben werden aber höher sein. Also **erfindet der Haushaltsplan** für 2014 einen Betrag von rund 40 Mio und für 2015 von rund 80 Mio als **„unvorhergesehene Einnahme"** und rechnet sich so ein „ausgeglichenes" Ergebnis für 2015 schön. Ein starkes Stück!

Haushalts„konsolidierung" – auf wessen Kosten?

Natürlich wünscht niemand sich eine Pleite der Stadt. Aber diese Art Haushaltsplanung wird dazu führen, weil sie sich **nicht** an eine **Niederschlagung von Schulden und Zinsen** traut – was **auf Kosten der Banken** gehen würde! **Stattdessen** wird in vom Land vorgeschriebenen Haushaltssicherungskonzepten (HSK) **auf Kosten der Bürger und Beschäftigten** gestrichen und gekürzt: Das HSK 2012 soll erneut knapp 100 Mio „konsolidieren"; bis 2015 steigt es auf 113 Mio. Bis dann sind die Zinsen an die Banken allerdings auf mindestens 150 Mio gestiegen.

Während die Gewerbesteuer für Unternehmen nur sacht angehoben wird, soll die **erhöhte Grundsteuer** 16 Mio bringen. Die **zahlen alle Mieter und Wohneigentümer** jährlich mehr. An der Unterhaltung **städtischer Gebäude** werden 5 Mio gestrichen – **Verfall und Sanierungsstau** sind programmiert. Auch andere Ansätze des bestehenden HSK 2011 werden einfach fortgeschrieben bis 2015: Höhere Gebühren fürs Parken oder bei der VHS und der Musikschule bei reduzierten Angeboten, höhere Hundesteuer, Deckelung im Kulturetat usw.

Im **Jugendbereich** wird rigoros um jährlich 6-7 Mio die **Qualität gesenkt**, z.B. bei Hilfen zur Erziehung, mehr 25- (statt 45-) Stunden-Betreuung in KiTas. **In allen Schulen** sollen **Ausstattung, Sachmittel und sogar Verpflegungskosten gekürzt** werden um jährlich 2,6 Mio. Bis 2015 also fast 40 Millionen, die an der Zukunft der Jugend „gespart" werden!

Am meisten gekürzt und gestrichen wird bei denen, die sowieso „arm dran" sind. Im **Sozialbereich** jährlich zehn Millionen, mit steigender Tendenz: Bei der Hilfe zur Pflege, Eingliederungshilfe, Sozialhilfe, Bestattungsbeihilfe, Krankenhilfe, Zwangsumzügen, Asylbewerbern, Schwerbehinderten. **Jeder Hilfeberechtigte wird es spüren**, wenn bis 2015 auf seinem Rücken 50 Mio „gespart" werden sollen.

35 Mio sollen jährlich durch **Personalabbau** „konsolidiert" werden. Der auf Antrag von CDU/Grüne/FDP/EBB beschlossene Abbau von 1000 Stellen bis 2015 ist ein Skandal. Er wird weitreichende Folgen für die Betroffenen und ihre Familien haben und die Leistungen und Angebote der Stadtverwaltung spürbar einschränken. So wenn bei den Schulhausmeistern erneut 16 gestrichen werden sollen. **All diese Arbeitsplätze sind für die Jugend verloren. Von wegen „starke Stadt"!**

Für einen kämpferischen kommunalen Widerstand!

Dass die Bürger für Zinsprofite der Banken bluten sollen, damit findet ‚Essen steht AUF' sich nicht ab. Stattdessen müssen die **Zinsen und Schulden der Kommunen niedergeschlagen** werden, **auf Kosten der Bankprofite**. Kräftige Erhöhung der Gewerbesteuer!

Ausgaben für Jugend und Sport, für Hilfeberechtigte, für Kinder und Kultur sind keine „freiwilligen", sondern gesellschaftliche Pflichtleistungen. Aktiver Widerstand und Zusammenschluss gegen den Abbau sozialer Errungenschaften!

Kampf um jeden Arbeitsplatz bei der Stadt! Statt „sozialverträglichem" Abbau – Pilotprojekt für Arbeitszeitverkürzung mit vollem Lohnausgleich und für mehr Auszubildende in der Stadtverwaltung!

Dietrich Keil

Kettwiger nicht mehr tabu für Demos

Kettwiger Straße, 11. Juni 2011

Pfingstsamstag: 2000 Jugendliche, Kinder und jung Gebliebene ziehen in einem bunten kämpferischen Demozug für die Zukunft der Jugend durch Essens belebte „Meile“ – ein ungewohntes Bild. Denn hier wurde erstmals ein seit vielen Jahren geübtes Polizeiverbot solcher größeren Demos auf der Kettwiger Straße durchbrochen.

Die „Zukunftsdemonstration“ zum Auftakt des Internationalen Pfingstjugendtreffens hatte ‚Essen steht AUF’ als Unterstützer dieses Festivals auch durch die Kettwiger Straße angemeldet. Die Bestätigung sollte von der Polizei wie üblich politisch verweigert werden unter Berufung auf beengte Verhältnisse durch Marktstände und Außengastronomie. Das haben wir uns nicht gefallen lassen – und (fast ganz) Recht bekommen (Verwaltungsgericht Gelsenkirchen, AZ 14L/600/11).

Die jahrelange Praxis, nach der Demos wie „Wir zahlen nicht für eure Krise“, Demos gegen den NeoNazi-Oseberg-Laden, die Anti-AKW-Demos und viele andere auf Nebenstraßen verbannt wurden, war letztlich rechtswidrig.

RWE zittert – Essen schlottert!

Der Gewinn von RWE ist im ersten Halbjahr 2011 auf „kümmerliche“ 1,7 Milliarden „eingebrochen“. Angeblich wegen fehlender Profite aus vom Netz genommenen AKWs, tatsächlich wegen Rieseninvestitionen in den niederländischen Versorger „Essent“ und in dreckige Kohlekraftwerke in Osteuropa.

Wie ein Verlust wird dieser Halbjahresgewinn bejammert, der fast den Jahreseinnahmen Essens entspricht! Mit dem voraussichtlichen RWE-Jahresgewinn 2011 könnten praktisch die gesamten Schulden Essens beglichen werden.

Stattdessen schlottert man am Stammsitz von RWE in Essen, denn die Dividende auf die RWE-Aktien im Besitz der Stadt soll sinken. Noch vor kurzem wollte die Stadt Aktien zukaufen, weil sie doch so sicher seien. Jetzt: Bis zu 20 Mio. Euro weniger Dividende werden erwartet. Natürlich noch nicht eingeplant im Haushalt.

Mieter formieren Widerstand

Etwa 90 Besucher kamen am 5. Juli zu der Veranstaltung „Mieter formieren Widerstand – gegen vernachlässigte Wohnsiedlungen im Ruhrgebiet“ in Katernberg. Viele von ihnen sind aktiv in Mieterinitiativen. Es gibt allein in NRW etwa 450.000 Wohnungen, die sogenannten „Finanz-Investoren“ gehören. Diese „Investoren“ investieren aber nicht etwa in die Instandhaltung der Wohnungen. Als nötig für einen tatsächlichen Bestandserhalt werden 25 -30 €/m² angesehen. Allbau investiert 33-36 €/m², Immeo dagegen nur 17 €/m²! Wir sehen es am Zustand der Häuser.

Es gab zunächst eine Podiumsdiskussion mit Vertretern des Wohnungsamts Dortmund, des Mietervereins Bochum sowie der SPD, CDU und Linkspartei. Da die Podiumsdiskussion lange dauerte, kamen die Zuhörer nur noch kurz zu Wort. Im Mittelpunkt der Kritik stand die Deutsche Annington. Einer ihrer Vertreter räumte ein, sie würden jetzt wieder Hausmeister einstellen. Auf ganz konkrete Forderungen wie nach Abschaffung der kostenpflichtigen Hotline und Wiedereinrichtung von Service-Büros vor Ort ging er nicht ein. Angesichts der fortgeschrittenen Zeit wurde die „Katernberger Mietererklärung“, die auf den Tischen auslag, am Schluss nur noch in Auszügen verlesen und per Akklamation angenommen. Die *„Katernberger Mietererklärung“* (nachzulesen und herunterzuladen auf www.essen-steht-auf.de) sollte in den Mieter-Initiativen verbreitet und beraten werden als eine Grundlage auch für die engere Vernetzung. Denn eine Lehre kann man aus der Veranstaltung ziehen: Es wird nicht reichen, allein bessere Gesetze zum Schutz der Mieter zu fordern, so notwendig das ist. Wir sind immer gut gefahren nach unserem Prinzip „Um uns selber müssen wir uns selber kümmern“.

Renate Dohrn/Immeo-Mieterinitiative

Unwürdiges Geschacher um „Sozialticket“

In Essen gibt es über 112 000 Berechtigte, die sich auf ein solches Ticket für 29,90 Euro Hoffnungen gemacht haben und auf deren Rücken sich seit Monaten ein kleinliches Hin und Her abspielt.

Nach der Befürwortung im VRR warnte die SPD in Essen sofort vor Mehrkosten für die Stadt, und die Bezirksregierung Düsseldorf stellte ihre Zustimmung zu dieser „freiwilligen Leistung“ in Frage. So wollte die EVAG der Stadt 1 Mio in Rechnung stellen; eine Milchmädchenrechnung, wenn einfach die Differenz zum normalen Monatsticket summiert wird. Das unterschlägt die jüngsten Preiserhöhungen von fast 4 Prozent, vor allem aber Mehreinnahmen durch Neukunden, die sich das bisher nicht leisten können.
Dann pfiff das Innenministerium die Bezirksregierung zurück, weil wegen der Landeszuschüsse Mehrkosten nicht zu erwarten seien. Die SPD ruderte zurück; es zeichnete sich eine Mehrheit im Rat ab. Zu früh gefreut? Nun rechnet die Stadt doch mit einem „strukturellen Defizit“. Wie das zustande kommt, ist schleierhaft. Zumindest die FDP will deshalb das Sozialticket im Rat ablehnen.

‚Essen steht AUF’ begrüßt selbstverständlich ein solches Ticket, hält aber den Preis für zu hoch im Verhältnis zur Leistung eines etwas erweiterten Tickets 1000. Denn der Hartz-IV-Regelsatz enthält nur rund 22 Euro für alle Mobilitätskosten, nicht nur den ÖPNV. Bei einem Preis von z.B. 20 Euro, aber für eine bessere Leistung ähnlich dem Ticket 2000, gäbe es deutlich mehr Zuspruch und damit auch Neukunden.

Den Namen „Sozialticket“ hält ‚Essen steht AUF’ für falsch und diskriminierend. Er wird dem heute eigentlich selbstverständlichen Grundbedürfnis auf Mobilität, die eine Voraussetzung für die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ist, nicht gerecht. Es sollte besser „Mobilticket“ heißen.

Dietrich Keil

7 Jahre Montagsdemo –
AUFstehen für eine lebenswerte Zukunft!

„Während die Hartz-IV-Begründer längst weg vom Fenster sind, sind wir nach wie vor hier und haben an Zusammenhalt, Unterstützung, Durchblick und Erfahrung im Kampf für ein lebenswertes Leben gewonnen“, meinte eine verdi-Gewerkschafterin beim 7-jährigen Geburtstagsfest der Essener Montagsdemo am 8. August.

Nicht wegzudenken ist Margret Rabe, die ‚Oma 72’ aus Katernberg, die immer etwas zu sagen hat. „Mit 66 fing das Kämpfen an, und wir kämpfen so lange, bis Hartz IV weg ist!“ fordert sie unermüdlich.

Der Widerstand trägt Früchte – auch wenn Hartz IV noch nicht weg ist. Wesentliches Verdienst der Montagsdemonstrationsbewegung ist, dass die gesellschaftliche Auseinandersetzung über das menschenunwürdige Gesetz, das den Niedriglohnsektor massiv ausbaute und die Kinderarmut drastisch ansteigen ließ, nach wie vor stattfindet.

der Profitgier ist mit der Atomkatastrophe in Fukushima ein zentrales Anliegen geworden. Bis Juli demonstrierten wir wöchentlich mit Umweltaktivisten und -verbänden vor der RWE-Zentrale.

Die Zukunft der Jugend liegt allen Montagsdemonstranten am Herzen. Am offenen Mikrofon wird angesichts der Krisen- und Kürzungsprogramme der Regierungen nicht nur verstärkt Kritik am Kapitalismus geübt. Mit der Rebellion der Jugend und den Aufständen gegen Unterdrückung im Mittelmeerraum, Nordafrika und weiteren Ländern ist vielen die Diskussion über gesellschaftliche Alternativen wichtig. „Gut, dass es die Montagsdemo gibt: ob parteilos oder Partei gebunden, ob Christ, Pazifist oder Kommunist – hier können wir uns solidarisch über Lebensperspektiven austauschen.“

Miriam Urbat (Moderatorin der Essener Montagsdemonstration)

Für ein lebenswertes Leben auf die Straße zu gehen, dazu ruft die Montagsdemonstrationsbewegung alle Arbeiter und Erwerbslosen, Atomkraftgegner, Umweltschützer, Frauen, Jugendlichen und Rentner auf:
Beteiligt Euch an der 8. Herbstdemonstration am 17. September in Berlin gegen die Politik der Regierung!
Busfahrkarten gibt es jeden Montag auf der Porschekanzel um 18 Uhr für 30 € (Vollverdiener) bzw. 20 € (ermäßigt).

Jeden Montag eisern dabei:
Die „Oma 72“ bei einer Ansprache am offenen Mikrophon.

Vor allem ist die Montagsdemonstration ein Forum für viele Anliegen Bevölkerung geworden; z.B. beim gemeinsamen Protest mit Freunden der Initiative für das Familienbad OASE. Praktische Solidarität von Arbeitenden und Arbeitslosen zeigten wir bei den gegenseitigen Besuchen der Streikenden am Uniklinikum und der Beteiligung an der großen Demonstration der Opel-Kollegen 2006 in Bochum.

Internationale Solidarität ist Trumpf: Fester Bestandteil sind Berichte von den Kämpfen der Arbeiter- und Volksbewegung in anderen Ländern, und wir freuten uns über Besuche bei der Montagsdemo u.a. aus Indien oder Südafrika. Die Rettung der Umwelt vor

Essen braucht ein Familien- und Freizeitbad!

Durch den verregneten Sommer brach der Besuch der Freibäder um über 2/3 ein.

Es gibt in Essen keine Bade-Alternative für Kinder, Jugendliche und Familien in den Ferien, seit die Oase zu ist. Wir dokumentieren Auszüge aus dem aktuellen **Flugblatt der Oase-Initiative**:

Die Oase wurde zum 1. April 2010 auf Beschluss des Stadtrats geschlossen. Der von der Stadt benannte Zuschussbedarf von 1 Million Euro im Jahr müsse bei der Verschuldung der Stadt Essen gespart werden,

Mitglieder der Oase-Initiative ergriffen bei der Jubiläums-Montagsdemo das Wort.
Die Montagsdemo ist der Ort für jedes soziale und politische Protestthema.

war die Begründung. Die Verschuldung der Stadt Essen bringt den Banken jährlich zwischen 100 und 150 Millionen Euro Zinsen ein. Millionen wurden als Zuschuss für den e.on-Neubau, an ThyssenKrupp für Grundstückskäufe (Krupp-Park und die Berthold-Beitz-Allee) gezahlt. Für die Messeerweiterung sind 100 Millionen im Gespräch. Aber für ein Familien- und Freizeitbad soll kein Geld da sein.

Kinder stellten ihr Oase-Button her ...

... und malten ihr Oase-Transparent.

Die Oase war das neueste Bad in Essen und das einzige Bad, das der Öffentlichkeit ohne Einschränkungen durch Schulschwimmen und Vereinstraining zur Verfügung stand. Es zeichnete sich durch angenehme Wassertemperatur, ungechlortes Wasser, ein Außenbecken mit Liegewiese und einen Saunabereich aus. Deshalb war die Oase besonders bei Familien, Senioren, Allergikern und Behinderten, bei allen, die sich im Wasser entspannen und nicht Bahnen schwimmen wollten, beliebt. Die Oase war eines der meistbesuchten Bäder in Essen. Nach der Schließung gibt es ein solches Bad in Essen nicht mehr. Ein Armutszeugnis für eine Großstadt. … Das Bad Aquapark am Centro Oberhausen ist für die Essener kein Ersatz!

Fest der Oase-Initiative am 23. Juli auf dem Frohnhauser Markt: Das Wetter lud nicht zum Freibad ein. Das Becken blieb ohne Wasser. Die Oase fehlte Kindern und Erwachsenen.

Bezirksbürgermeister Klaus Persch (SPD) kritisiert die Oase-Schließung.

Auch der vom Rat im Juni beschlossene Neubau eines Bades am Thurmfeld bringt keinen Ersatz für die Oase. Dieses Bad soll nur das marode Stadtbad ersetzen, das außer montags bis freitags 6:30 bis 10 Uhr nur für Vereine und Schulschwimmen offen ist. Ein solches Bad ist als Familien- und Freizeitbad untauglich. …

Überall erfahren wir, wie verärgert und sauer die Menschen über die Schließung der Oase sind. Der SPD und Oberbürgermeister Paß wird das als Wahlbetrug angelastet.

Die Menschen wollen ihre Oase wieder haben! Wir kämpfen weiter für die Wiedereröffnung der Oase oder den Bau eines neuen Familien und Freizeitbades!

Die Initiative trifft sich jeden ersten Freitag im Monat um 19 Uhr in Frohnhausen in St. Elisabeth, Dollendorfstraße 51.

Der Essener Dichter Martin König trug sein eigens für diesen Anlass gemachtes Gedicht vor:

Rettet die Oase!

Das Jugendzentrum – einfach weg!
Und hier entstand ein blinder Fleck
Packt euch mal an die Nase
Da stinkt doch was – riecht ihr die Gase?
Wir gaben euch nur unsre Stimmen
Weil ihr
Am Anfang noch wie wir
Erkanntet diesen Schatz
Dieser Platz
Ist da zum Schwimmen
Springt alle auf den letzten Zug
Wüsten gibt es schon genug
Es gibt nur eins in dieser Phase:

Wir woll´n in die Oase!
Wir woll´n in die Oase!
Wir woll´n in die Oase!

Ich möchte weitere Information über die Aktivitäten der Bürgerinitiative für die Wiedereröffnung der Oase.

Name: _____ **eMail:** _____

Anschrift: _____

Bitte abgeben **oder** an D. Arnecke, Stenzelstr. 16, 45144 Essen schicken **oder** an freunde-der-oase@gmx.de mailen.

2. Internationaler Umwelt-Ratschlag am 8./9. Oktober in Gelsenkirchen

'Essen steht AUF' unterstützt diese wichtige Veranstaltung nach Kräften und auch als Sponsor. Nachfolgend der Aufruf zum Ratschlag (in Auszügen):

Stopp der Zerstörung unserer Lebensgrundlagen! Eine internationale Widerstandsfront zum Schutz der natürlichen Umwelt ist notwendig!

An Alle, die sich um Umwelt und Zukunft sorgen!

Die existenzielle Bedrohung des menschlichen und allen höheren Lebens auf der Erde nimmt aktuell sprunghaft zu: Brennpunkte sind die Atomkatastrophe in Japan, die Anhäufung von Atommüll und die Überhitzung der Erdatmosphäre. Vielfältige Faktoren der Umweltzerstörung haben bereits ein Massensterben der Arten eingeleitet. Umfassende Schutzmaßnahmen, die weltweite Stilllegung aller Atomkraftwerke und der breite Ausbau der erneuerbaren Energien auf 100 % sind unmittelbar notwendig und auch technisch machbar.

Die führenden internationalen Monopole bleiben jedoch fixiert auf Atom und fossile Energieträger zur Profit- und Machterhaltung. Die AKWs bleiben auch der Schlüssel zu Atomwaffen. Grün getarnte Techniken, wie der „Biosprit" oder „CO_2-Untergrundspeicherung" zerstören die Umwelt weiter und dienen den Konzernen zum Erwerb von Zusatzprofiten. Besonders europäische Konzerne spielen „Umweltengel", während es ihnen in Wirklichkeit um die Vorherrschaft ihrer Umwelttechnik auf dem Weltmarkt geht. Nach wie vor spielen Konzerne und in leider häufiger Unterwürfigkeit einige Gewerkschaftsspitzen die Schaffung und den Erhalt von Arbeitsplätzen und den Umweltschutz gegeneinander aus.

Doch gerade Beschäftigte in der Industrie haben Ideen und Know-how zur Entwicklung und Umsetzung neuer Technologien der Kreislaufwirtschaft, z. B. für Wasserstoff- oder Elektroautos. ...

Viele Organisationen und Bürgerinitiativen sind gegen radioaktive, chemische, biologische und elektromagnetische Bedrohungen aktiv. Aktuell hat sich der Anti-Atom-Widerstand enorm entwickelt, besonders unter Beteiligung der Jugend, und hat vielerlei Formen angenommen. In Deutschland war die Regierung gezwungen, Zugeständnisse zu machen, die vor wenigen Monaten noch undenkbar schienen. Doch ist ihr „Ausstieg" nichts mehr als ein fauler Kompromiss: Atomkraftwerke dürfen nicht noch 10 Jahre betrieben werden! Sie müssen sofort stillgelegt werden - weltweit.

Um den Aktivitäten die entscheidende Durchschlagskraft zu verleihen, ist der Aufbau eines starken, länderübergreifenden Bündnisses und Widerstandspotenzials notwendig, in dem Umweltbewegungen auf Augenhöhe mit anderen sozialen Bewegungen und Organisationen der Arbeiterbewegung zusammenarbeiten. Dazu fehlt es der internationalen Umweltbewegung an einem engen Zusammenschluss und entsprechenden Organisationsformen. ... Der internationale Umweltratschlag dient dem Erfahrungsaustausch und der Koordinierung der Umweltbewegung. Hier kann und soll jede Organisation und jeder Einzelne, der sich für eine lebenswerte Umwelt einsetzen will, teilnehmen. Der internationale Umweltratschlag ist überparteilich und selbständig, er finanziert sich selbst.

In Deutschland nahmen am 1. Umweltratschlag 2009 über 400 Personen teil – sie kamen aus verschiedensten, meist lokalen und regionalen Initiativen. Es gab 25 Foren und Workshops und auch große Zustimmung, den Aufbau eines internationalen Dachverbandes breit zu diskutieren. Der 2. internationale Umweltratschlag soll diesen Prozess weiterführen. ... Termine und Infos dazu unter www.umweltratschlag.de

Wir müssen dem Gebot der Stunde folgen und im Interesse künftiger Generationen handeln. Jetzt! Werdet aktiv in der Vorbereitung des 2. internationalen Umweltratschlags!

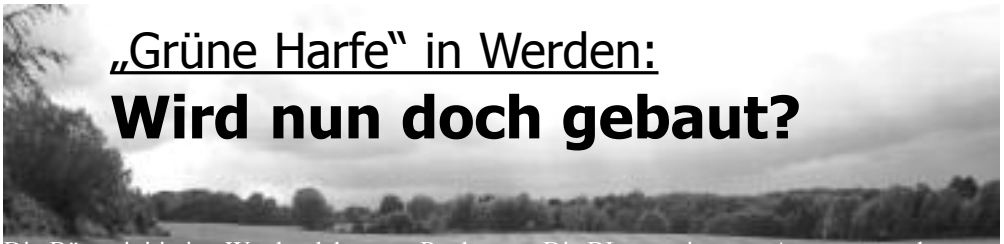
Der Ratschlag finanziert sich nur aus Spenden und Eintrittsgeldern.
Die **Teilnahmepreise** sind sehr günstig:
25 Euro als **Solidaritätspreis**, 10 Euro für **Vollverdiener**, 6 Euro für **Geringverdiener, Arbeitslose und Rentner**.

Der **Umweltmarkt auf dem Umweltratschlag**

... soll im Bereich Umwelttechnik tätigen Betrieben ein Forum für die Präsentation ihrer Produkte bieten. Er ist am Samstag, **8. Oktober, von 11:00 bis 20:00 Uhr** im Saal der **Gesamtschule Gelsenkirchen-Horst** geöffnet.
Bitte melden Sie sich an unter:
umweltmarkt@umweltratschlag.de.

Standgebühren für den Umweltmarkt

Info-Stände:	10,00 €
gewerbliche Stände:	30,00 €



„Grüne Harfe" in Werden:
Wird nun doch gebaut?

Die Bürgerinitiative Werden lehnte zu Recht eine Bebauung der „Grünen Harfe", eines landwirtschaftlich genutzten Geländes in Werden/Heidhausen, ab. Auch ‚Essen steht AUF' ist gegen die Ausdehnung der (schrumpfenden!) Stadt in das grüne Umfeld. Nicht nur, dass Landschaft verbaut und versiegelt wird. Das führt auch zu neuen Infrastrukturkosten, die alle zu tragen haben, während im Stadtgebiet Schulen, Bibliotheken, Bäder usw. geschlossen werden und Wohngebiete verkommen, die sich für Neubebauung anbieten.

In Essen bieten sich auch viele Industriebrachen für Wohnungsbau an. Allerdings scheuen die Eigentümer die Sanierung der oft verseuchten Böden. So hatte ThyssenKrupp wegen der Altlasten bei der Wohnbebauung an der Helenenhöhe einen Rückzieher gemacht und das Gelände an die Stadt für den Krupp-Park verkauft. Der gleiche Konzern besitzt auch das Gelände der „Grünen Harfe" und will nun dort Wohnhäuser bauen und profitabel vermarkten.

Die BI war mit guten Argumenten dagegen und forderte, dass die unerträglichen Verkehrsprobleme in Werden gelöst werden, bevor an neue Bebauung im Stadtteil zu denken sei. In einem „Moderationsverfahren" wurde das auch aufgegriffen; dafür stimmte die BI schließlich einer abgespeckten Bebauung der Grünen Harfe doch zu. Doch der Rat der Stadt genehmigte die Erstellung eines solchen Bebauungsplans, ohne diesen an die Lösung der Verkehrsprobleme zu koppeln. Nun hofft die Initiative noch auf Einsicht der Fraktionen im Stadtrat. Aber die Entscheidung ist gefallen.

Derartige Moderationsverfahren oder „Schlichtungen" enden meist in der Niederschlagung der Bürgerinteressen – siehe Stuttgart21. Nun soll doch gebaut und die Grüne Harfe größtenteils versiegelt werden. Aber der Widerstand dort ebbt nicht ab! ‚Essen steht AUF' hielt und hält das auch für den Weg, die Pläne von ThyssenKrupp in Werden zu Fall zu bringen und die Verkehrsprobleme zu lösen.

Gert Bierikoven

Tatort Altendorf:

Gemeinsam gegen Drogenhandel!

An der Kreuzung Altendorfer/Helenenstraße hat sich ein schwungvoller Drogenhandel entwickelt. Der Kontakt zwischen Dealern und Verkäufern wird per Handy hergestellt. Dann gehen sie ins Wohngebiet und wickeln das Geschäft ab. Verschiedene Razzien der Polizei gingen deshalb ins Leere. Die Drogen sind nicht beim Dealer, sondern irgendwo im Umfeld der Kreuzung bis hin zum Ehrenzeller Markt versteckt. Verschiedene Einzelhändler haben sich bisher an die Stadt, die Parteien, die Polizei oder auch die EVAG gewendet – ohne Erfolg.

Die Kreuzung Altendorfer / Helenenstraße

Vom Drogenhandel sind natürlich in erster Linie unsere Jugend und Kinder betroffen, die so in Abhängigkeit geraten. Aber auch ein Teil der Einzelhändler hat Umsatzeinbußen. Das Brillenstudio Pajonk beschwert sich: „Unser Eingang wird ständig blockiert. Unsere Kunden verlassen Altendorf.“ Insgesamt führt das zu einer Minderung der Lebensqualität in Altendorf, bei der vielen Einwohnern das Herz blutet.

Die Dealer sind Afrikaner. Wir wollen deshalb an dieser Stelle deutlich zum Ausdruck bringen: ‚Essen steht AUF’ ist gegen Drogen und kämpft gegen den Drogensumpf. Aber das ist kein Problem der Hautfarbe, wir wären genauso gegen weiße Dealer. Jede Ausländerfeindlichkeit, wie sie die NPD verbreitet mit der Losung der „Rückführung“ von Ausländern, bekämpfen wir genauso.

Altendorfer Mitglieder von ‚Essen steht AUF’ haben in verschiedenen Geschäften eine Umfrage gemacht, wir haben mit den Menschen auf der Straße gesprochen. Die einhellige Meinung war: Wir müssen unsere Jugend schützen, wir müssen für die Lebensqualität im Stadtteil eintreten, wir müssen auch den Einzelhandel schützen – deshalb muss der Drogenhandel verschwinden. Drogen sind in Deutschland verboten, und das ist auch gut so. Wir fordern deshalb die Stadt auf, dieses Verbot auch durchzusetzen Das muss verbunden sein mit einer intensiven Aufklärungsarbeit über Drogensucht und ihre Folgen. Wir wissen aber auch, dass mit Drogen Riesenprofite gemacht werden und dass Drogenhandel ein fester Bestandteil des Kapitalismus ist.

Gegen den Drogenhandel kann nur gemeinsam von der Altendorfer Bevölkerung etwas erreicht werden. Altendorfer Mitglieder von ‚Essen steht AUF’ haben Claus Others vom Werbering ein gemeinsames Vorgehen vorgeschlagen. Claus Others will uns zum nächsten Treffen des Werberings einladen. Wir können uns vor allem von Jugendlichen getragene Aktionen vorstellen, wie Plakate oder Transparente, die an der Kreuzung Altendorfer Straße aufgehängt werden oder Demonstrationen. Die Bürger müssen Präsenz zeigen.

Was schlagen Sie vor? **Bitte wenden Sie sich an ‚Essen steht AUF’. Kämpfen Sie mit gegen den Drogensumpf.**

Schwarzes Loch Messe Essen

Bekanntlich will die Stadtspitze rund 200 Mio in die Messe pumpen. Bloß: Außer der Schuldenübernahme nur für 2012 von etwa 13 Mio ist davon nichts im Haushalt eingeplant. Es ist also mit Zusatzanträgen auf rund 100 Mio für die Messe zu rechnen bei der Haushaltsverabschiedung im November. ‚Essen steht AUF’ wird das nicht mittragen, weil diese Investition in neue Hallen wie schon der Bau der Bellini-Halle vor zehn Jahren das Dauerdefizit der Messe nicht lösen wird. Das Geld hat die Stadt nicht; es erhöht die Verschuldung weiter und fehlt an anderer Stelle, z.B. für Investitionen in Kinder und Jugend, die viel wichtiger wären für die Zukunft der Stadt.

Verschwendung!

Geld, das woanders entzogen wird oder die Verschuldung und Zinslast der Stadt erhöht: 220.000 € kostet die Reinigung des schwarzen Granitfußbodens am südlichen Bahnhofausgang in einem Jahr. Und keiner will für die Verlegung des ungeeigneten Pflasters die Verantwortung tragen!

„Stärkungspakt Stadtfinanzen“ –

Hoffnung oder Betrugsmanöver?

Mit dem „Stärkungspakt Stadtfinanzen“ vom Land NRW bekommen 34 Städte und Gemeinden in NRW Mittel für ihre klammen Kassen. Ob Essen als extrem überschuldete Stadt überhaupt dabei ist, ist noch nicht klar. Aus vielen Städten in NRW gibt es scharfe Kritik am Verteilerschlüssel. Der geht einseitig vom Grad der Überschuldung aus. Kommunen, die besonders „erfolgreich“ in ihren Haushalten gekürzt haben, werden dafür noch bestraft.

396 NRW-Kommunen sind laut Statistik mit rund 53 Milliarden Euro verschuldet; davon erhalten jetzt nicht mal 10 Prozent die dringend benötigte Hilfe. Die, die Hilfe erhalten, werden vom Land zum rigiden Sparkurs zwangsverpflichtet. Bei Nichtbefolgen droht Innenminister Jäger mit dem Einsatz eines Sparkommissars, der am Rat vorbei handeln kann.

Auch die Planungen für die zweite Stufe des sogenannten Stärkungspakts, an der rund 70 Gemeinden freiwillig teilnehmen können, haben einen Pferdefuß. Die dafür ab 2014 vorgesehenen 310 Millionen Euro kommen ausschließlich aus Mitteln, die den Kommunen ohnehin zustehen.

Statt auf Kosten der Steuerzahler muss eine wirksame Entschuldung mit Zins- und Schuldenniederschlagung auf Kosten der Banken verbunden sein. Anders ist der strukturellen Finanzkrise der Kommunen nicht beizukommen.

200 Jahre Krupp:
Geschichtsfälscher am Werk

Die Geschichte des Krupp-Konzerns umzuschreiben, bemüht sich die WAZ in einer Serie des Lokalchefs Frank Stenglein. Diese beruht auf seinem Buch *Krupp – Höhen und Tiefen eines Industrieunternehmens*. Krupp war demnach weder Kriegstreiber noch Kriegsgewinnler in zwei Weltkriegen. Auch den Faschismus wollte Krupp eigentlich nicht, daran waren die Massen schuld. Alles andere, also dass der Faschismus eine Herrschaftsform des Kapitals ist, sei „Verschwörungstheorie". Das Buch wie die Serie sind eine Zumutung. Besonders zynisch wird es, wenn Stenglein krampfhaft versucht, auch noch die Zwangsarbeit bei Krupp in ein mildes Licht zu tauchen. Dazu zitiert er u.a. einen Schwager Krupps, der meint, als Zwangsarbeiter bei Krupp seien die Überlebenschancen immerhin viel größer als im Konzentrationslager gewesen.

Krupp profitierte doppelt vom Vernichtungskrieg der Nazis: Man riss sich Fabriken in den besetzten Gebieten unter den Nagel und deportierte Millionen von Zwangsarbeitern. Allein im März 1942 wurden 2,5 Millionen Personen aus der Sowjetunion ins Deutsche Reich gebracht und versklavt.

Nachfolgend berichtet ein Augenzeuge über die Behandlung der Zwangsarbeiter bei Krupp. Wir freuen uns auch über Zuschriften zum Thema.

Kruppianer halfen Zwangsarbeitern

Vor kurzem machte ich (78 Jahre alt und Ersatz-„Opa" des 14jährigen Jens) einen Spaziergang Richtung Raumerstraße, der heutigen Bezirkssportanlage, und durch die „Teufelsbrücke" (Grunert-Tunnel). Jens erzählte, dass sie hier von der Schule aus immer das jährliche Sportfest durchführen.

Dabei erinnerte ich mich an die schrecklichen Ereignisse, welche ich als 7-8-jähriges Kind hier erlebt hatte. Unsere Familie wohnte in der Curtius- bzw. der heutigen Niebuhrstraße. Abends wurden die total geschwächten, unterernährten russischen Zwangsarbeiter nur mit Lappen an den Füßen in Reihen von den Kruppschen Fabriken kommend durch die Straße getrieben in das Lager an der Raumerstraße. Darunter vielfach Jugendliche. Wer sich von den Zwangsarbeitern nicht mehr auf den Beinen halten konnte, wurde von dem Wachpersonal mit dem Gewehrkolben traktiert. Wer liegen blieb – ob tot oder noch lebendig - musste von den eigenen Landsleuten auf Karren gehoben werden, und diese mussten sie dann auch, schwach wie sie waren, ziehen. Jens wusste von diesen abscheulichen Verbrechen gar nichts, auch nicht aus der Schule.

Ich erzählte ihm, dass mein Vater während des Krieges in der Gießerei von Krupp gearbeitet hat. Es wurden ihm russische Zwangsarbeiter zugeteilt. Die Arbeit war sehr schwer und Kräfte zehrend. Der Vater brachte oft einen ganzen Brotlaib, von der Mutter belegt, mit in die Fabrik und gab diesen – unter Lebensgefahr – an seine russischen Kollegen ab. Fast alle nahmen sie dies an, nur ein paar wenige hatten einen falschen Stolz und lehnten ab. Die anderen schnitzten als Dank kleine bemalte Vögelchen aus Holzscheiten. Ich erinnere mich daran: in unserer Küche an der Lampe, von der Decke herunter, am Schrank – überall „flogen" die bunten „Vögelkes", und wir Kinder hatten große Freude daran.

Hans Schmitt

Termine, Veranstaltungen

Jeden Montag, 18:00 Uhr, Marktkirche (Porschekanzel):
Montagsdemonstration

Jeden Montag, 16:00-17:00 Uhr:
Bürgersprechstunde in der Geschäftsstelle von Essen steht AUF

1. bis 7. Oktober, Gelsenkirchen, Arbeiterbildungszentrum, Koststr. 8:
7. Offene Akademie
Vorlesungen und Veranstaltungen kritischer Wissenschaftler, Journalisten und Schriftsteller
Programm unter www.offene-akademie.org

8./9. Oktober, Gelsenkirchen:
2. Internationaler Umweltratschlag
(Siehe Seite 5)

Samstag, 15.10., 17:00 Uhr, Goldschmidtstr. 3:
Geburtstagsparty:
5 Jahre COURAGE-Zentrum in Essen

Sonntag, 23.10., 11:00 Uhr, Geschäftsstelle, Goldschmidtstr. 3:
Kommunalpolitisches Frühstück
Thema:
„Kürzen, Streichen und trotzdem Schulden machen – so kriegt Essen die Kurve nicht!"

Bündnis für alternative, unabhängige und fortschrittliche Kommunalpolitik

Goldschmidtstr. 3, 45127 Essen
Tel.: 8908210

eMail:
vorstand@essen-steht-auf.org

Spendenkonto:
Nr. 31 30 31, Sparkasse Essen, BLZ 360 501 05

Die Zeitung *Essen steht AUF – Informationen zur Essener Kommunalpolitik* wird herausgegeben von:
D. Keil, Bonifaciusstr. 257, 45309 Essen

Käthe Larsch:

Späte Ehrung einer mutigen Widerstandskämpferin

Käthe Larsch war 33 Jahre alt, als die Gestapo am 18. Mai 1935 in die Seumannstraße 114 in Stoppenberg kam, um sie abzuholen. Ihr Mann Rudolf, aktives KPD-Mitglied, war bereits 1933 verhaftet worden und saß im Stapeler Moor in Ostfriesland. Käthe Larschs „Verbrechen“ war, dass sie illegal Flugblätter und eine Zeitung für Bergarbeiter herstellte, die vor allem in Essener Betriebe gingen und in denen die illegale KPD zum Kampf gegen den Hitlerfaschismus aufrief.

Die Gedenktafel für Käthe Larsch an der Seumannstraße ist kaum noch zu entziffern.

Diese mutige Widerstandskämpferin und Mutter von vier Kindern wurde in tagelangen Verhören von der Gestapo schwer misshandelt. Doch sie gab keine Namen von Genossen preis. Daraufhin wurde sie von den Nazi-Schergen so grausam gefoltert, dass sie innerhalb weniger Tage wahnsinnig wurde. Völlig zerschunden wurde sie in eine Heil- und Pflegeanstalt in Düsseldorf eingewiesen, wo sie am 29. Mai starb. Einiges spricht dafür, dass sie ermordet wurde.

In der Juli-Sitzung des Hauptausschusses des Stadtrats wurde nun auf Antrag der Grünen im neuen Uni-Viertel eine Straße nach Käthe Larsch benannt, **gegen die Stimmen von FDP, Essener Bürgerbündnis (und NPD) – und bei Enthaltung der CDU**. Eine Respektlosigkeit gegenüber einem Opfer des Nazi-Terrors, die kaum zu überbieten ist.

Ursprünglich wollten die Grünen, dass eine Straße nach dem Essener Bergmann und Arbeiterschriftsteller Hans Marchwitza benannt wird. Dieser Vorschlag war bereits einstimmig in der Bezirksvertretung I angenommen worden. Marchwitza ist vor allem durch seinen Roman *Sturm auf Essen* bekannt geworden, in dem er dem bewaffneten Widerstand der Ruhr-Arbeiter und ihrer Roten Ruhr-Armee gegen den faschistischen Kapp-Putsch vom März 1920 ein Denkmal setzte.

Doch dieser Vorschlag rief einige der verbissensten Essener Antikommunisten auf den Plan, namentlich CDU-Stadtrat Schippmann und WAZ-Lokalchef Stenglein. Sie kreideten es Marchwitza an, dass er Kommunist war und nach dem Krieg in der DDR lebte, wo er 1965 starb. **Das ist natürlich zu viel für Leute, die sich alle Mühe geben, Faschismus und Kommunismus gleichzusetzen – und damit den Faschismus zu verharmlosen und zu relativieren.**

Da absehbar war, dass der Vorschlag für eine Marchwitza-Straße im Hauptausschuss keine Mehrheit finden würde, brachten die Grünen den Vorschlag Käthe Larsch ein. Dass dieser Vorschlag durchkam, ist auch darauf zurückzuführen, dass **die antikommunistischen Attacken in der Öffentlichkeit nicht unwidersprochen** blieben. **Wir lassen es nicht zu, dass unsere Geschichte, die Geschichte der Arbeiterbewegung in eine Geschichte von Niederlagen und Verbrechen verfälscht wird.** In diesem Sinne geht der Kampf für eine Marchwitza-Straße weiter.

Bodo Urbat

Käthe Larschs Kinder (Hans, Wera, Kurt und Eva) wurden in ein Essener Kinderheim gesteckt. Wera Larsch war elf Jahre alt, als sie die Mutter und ihr Zuhause verlor. Mehr als vier Jahrzehnte später erzählte die inzwischen selbst verheiratete Frau und Mutter:

„Im Wilhelm-Augusta-Kinderheim in der Berliner Straße lieferte man uns ab. Es sollte fortan unser Zuhause sein. Ständige Schikanen, erbarmungslose Prügel und eine andauernde lieblose Umgebung gestalteten unseren jahrelangen Aufenthalt hier zur Hölle. Solche Art von Kindererziehung praktizierte ganz besonders die Oberin Elisabeth Müller. Für mich wurde die Frau zu einem Symbol des Unrechts und der Gewalt. Sie raubte meinen Geschwistern und mir die Kindheit.“

(Quelle: http://tenhumbergreinhard.de)

Stolpersteine erinnern an Opfer des Faschismus

Das Bündnis „essen stellt sich quer“ lud am 23. Juli 2011 zu einem antifaschistischen Saubermachspaziergang in Borbeck ein. Damit sollten rassistische und ausländerfeindliche Aufkleber und Schmierereien rechtsextremen Inhalts entfernt werden.

Da die Borbecker Innenstadt aber bereits gut gesäubert war, stand tatsächlich die Besichtigung der vielen Stolpersteine im Vordergrund, die an die Opfer der Nazizeit erinnern. Andreas Körner vom Historischen Verein Borbeck, der diesen Demo-Zug begleitete, lieferte die Hintergründe dazu. Nebenbei erzählte er, dass im Dezember in Essen ein neuer Stolperstein verlegt werden soll: Am Montag, den 5. Dezember 2011 von 10:00 bis 13:30 Uhr in der Ladenspelderstraße 47 in Essen-Holsterhausen.

Dort entkam Marianne Ellenbogen der Deportation in ein Vernichtungslager. Später fand sie Unterstützung durch den „Bund – Gemeinschaft für sozialistisches Leben“ und konnte so bis Kriegende überleben. Ihre Angehörigen wurden aber deportiert und kamen alle in den Todeslagern um.

Der „Bund - Gemeinschaft für sozialistisches Leben“ entstand in den 1920er Jahren im Ruhrgebiet: einer unter vielen utopischen, linksozialistischen Zirkeln, die jugendbewegte, lebensreformerische und in diesem Fall auch Kant’sche Ideen mit sozialistischen Zielen verband. Anders als die meisten solcher Kreise hat es der „Bund" verstanden, im Dritten Reich nicht nur seine Gruppenaktivitäten fortzusetzen, sondern auch bedeutende Hilfsaktionen durchzuführen, die einer Reihe von deutschen Juden das Leben retteten und vielen Solidarität erwies.

Weitere Informationen dazu gibt es in der Dauerausstellung des Stadtarchivs (Ernst-Schmidt-Str. 1), die allerdings nur einmal in der Woche geöffnet ist (Mittwoch 10:00 bis 17:00 Uhr).

Olaf Swillus